

Offener Brief gegen drohende Kürzungen bei den Berliner Frauen*projekten 2026

Frauen*infrastruktur in Berlin sichern - Kürzungen jetzt stoppen!

Am 23. Juli 2025 hat die Senatsverwaltung für Gleichstellung die Berliner Frauen*projekte darüber informiert, dass im Haushaltentwurf 2026/27 Kürzungen in Höhe von 2,574 Mio. Euro für das Jahr 2026 geplant sind. Diese sollen u.a. durch pauschale Kürzungen bei allen Frauen*projekten von durchschnittlich 2% gegenüber der Förderung 2025 umgesetzt werden – mit der Ankündigung, dass einzelne Projekte sogar überproportional betroffen sein werden oder ganz wegfallen.

Schon eine pauschale Kürzung von 2% bedeutet bei fast allen Projekten, dass Personalstellen gekürzt und Honorarmittel gestrichen werden müssen. Über Sachmittel können die Kürzungen nicht umgesetzt werden, da die Sachmittel bereits jetzt die Kosten kaum abdecken.

Am 08.09. wurde den Projekten dann außerdem mitgeteilt, dass zusätzliche Kosten für höhere Erfahrungsstufen beim Personal und Mieterhöhungen aus der gekürzten Summe bestritten werden müssen. Damit summieren sich die Kürzungen bei einigen Projekten auf bis zu 10% und eine tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeiter*innen ist nicht mehr möglich.

Erst seit 2017 bekommen die Frauenprojekte überhaupt eine tarifgerechte Bezahlung. Von 1996 bis 2017 waren wir durch den Berliner Senat von sämtlichen Tarifierhöhungen ausgeschlossen. Wir sind erschüttert, dass der Senat von Berlin die Frauen*projekte wieder aus dem Tarifrecht nimmt, obwohl er immer wieder behauptet, sich für eine tarifgerechte Bezahlung und gute Arbeit einzusetzen.

Neben den gravierenden Auswirkungen beim Personal durch Stellenabbau und Gehaltskürzungen sind die Folgen für Berliner*innen fatal, da frauen*spezifische Angebote reduziert oder ganz eingestellt werden müssen. Das heißt konkret:

- weniger Beratung in Gewaltsituationen
- weniger Betreuung von Frauenhausplätzen
- weniger Gruppenangebote für Betroffene sexualisierter Gewalt
- weniger psychosoziale Hilfe in Krisensituationen
- weniger Unterstützung für Migrantinnen und Geflüchtete
- weniger Sprachmittlung
- weniger Rechtsberatung
- weniger arbeitsmarktpolitische Angebote
- weniger Kinderbetreuung
- weniger Orte gegen Einsamkeit.

Die Folgen sind Versorgungslücken und längere Wartezeiten auf Termine, die besonders Frauen* in Not treffen.

Frauen*projekte gehören zur Grundversorgung, unterstützen die Integration und verhindern soziale Isolation, insbesondere bei Migrant*innen, Alleinerziehenden und Frauen* in prekären Lebenslagen. Kürzungen beschädigen dauerhaft die soziale Infrastruktur der Stadt und verschlechtern die Chancengleichheit.

Ohne verlässliche Finanzierung drohen Projektauflösungen, Personalmangel und ständige Unsicherheit, was auch die Arbeitsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiter*innen untergräbt. Langfristige Planung und nachhaltige Entwicklung sind nicht möglich, wenn Fördermittel gekürzt werden. Der Abbau von gewachsenen Strukturen und Fachpersonal durch Projektauflösungen bzw. Angebotseinschränkungen schwächt die Qualität und Reichweite der Präventions- und Hilfsangebote.

Die Kürzungen treffen einen Bereich, der ohnehin strukturell unterfinanziert ist – und das in einer Zeit, in der Gewalt gegen Frauen* und queere Menschen zunimmt, Unterstützungs- und Beratungsanfragen steigen, Schutzräume überfüllt sind und gleichstellungspolitische Fortschritte unter Druck stehen.

Die Senatsverwaltung für Gleichstellung hat immer wieder betont, dass das Hilfe- und Unterstützungssystem für Frauen* erhalten bleiben soll. Das Gegenteil ist nun der Fall.

Der Berliner Senat rühmt sich öffentlich damit, den Haushalt aufgestockt zu haben, um in die Infrastruktur zu investieren. Doch dies bezieht sich nur auf technische Infrastruktur – Schutzräume und Beratung werden dagegen reduziert, wodurch die Sicherheit und Lebensqualität von Frauen*, Mädchen* und queeren Menschen sinkt.

Notwendige Investitionen in die städtische Infrastruktur dürfen nicht auf Kosten der sozialen Infrastruktur zur Beseitigung von Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen*, der Gewaltprävention und Gleichstellung gehen.

Besonders alarmierend ist, dass auch Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention nicht umgesetzt werden – ein klarer Wortbruch gegenüber internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen und Versprechen des Berliner Senats.

Wir fordern den Berliner Senat auf:

- **die geplanten Kürzungen im Bereich Gleichstellung und Gewaltschutz vollständig zurückzunehmen,**
- **die tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeiter*innen sicherzustellen,**
- **die zugesagten Mittel für die Umsetzung der Istanbul-Konvention verbindlich bereitzustellen,**
- **Frauen*- und Gleichstellungsarbeit nicht als freiwillige Leistung zu behandeln, sondern als unverzichtbare Grundlage einer demokratischen, sozialen Stadt.**

Frauen*rechte, Schutz vor Gewalt und Gleichstellung dürfen nicht zur Verhandlungsmasse im Haushalt gemacht werden. Wir lassen die angedrohten Kürzungen nicht unwidersprochen und stellen uns solidarisch an die Seite aller betroffenen Projekte und Initiativen.

Wir bitten Sie eindringlich, unsere Forderungen umzusetzen und die Frauen*infrastruktur zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

berliner frauen netzwerk (bfn)